

Bezugspreis:

Stückpreis 1,20 M., monatl. 3,60 M., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntag: einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 30. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verschärfung der Lage in Oberschlesien.

Rattowitz, 29. April. (TA) Die gespannte Lage im ober-schlesischen Industriegebiet hat eine weitere Verschärfung erfahren...

Die Hindenburg Arbeiter für den Streik. Hindenburg (Oberschl.), 29. April. Heute früh fand unter der Arbeiterschaft der Donnersmarthütte in Hindenburg eine namentliche Abstimmung statt.

Arbeitswiederaufnahme in Bremen. Bremen, 29. April. Voemanns Telegraphisches Bureau meldet: Der Aler Ausschuss fordert in einer Erklärung an die freireisenden Arbeiter und Arbeiterinnen Bremens diese auf, die Arbeit am Mittwoch geschlossen wieder aufzunehmen...

Keine Zeitungen am 1. Mai. Die Organisation der Buchdrucker beschloß gemeinsam mit den Vertrauensleuten der Zeitungs-personale, daß der 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern ist...

Prozess Ledebour. Verhandlungsbeginn am 19. Mai. Für die Verhandlung des Prozesses Ledebour ist, wie eine Gerichtsortspondenz meldet, ein Termin auf den 19. Mai und folgende Tage anberaumt worden.

Neue Beschlüsse in Amsterdam. Absendung einer Studienkommission nach Deutschland. Amsterdam, 29. April. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Konferenz beschloß heute, eine Studienkommission, deren Mitglieder vom Komitee bestimmt werden, nach Deutschland zu senden.

Die Konferenz gegen Einverleibung Danzigs. Amsterdam, 29. April. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Konferenz erklärte sich gegen die Einverleibung Danzigs in Polen und forderte Rückgabe der Provinzen an Deutschland.

Delegation nach Paris. Amsterdam, 29. April. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Heute nacht wird die Konferenz, die ohne Anwesenheit der deutschen Reichsdelegierten gelangt hat, geschlossen werden.

Die Judenfrage vor der Sozialisten-Konferenz.

Amsterdam, 29. April. Die Internationale Sozialistische Konferenz nahm in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig folgende Resolution an: Die Internationale Sozialistische Konferenz erkennt den internationalen Charakter der Judenfrage an und fordert, daß in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht die Stellung der Juden auf folgender Grundlage international geregelt wird: 1. Vollständige Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern...

Vorbereitungen in Versailles.

Bern, 29. April. Ueber die Vorbereitungen in Versailles meldet der „Spiegel“, daß die telegraphische Verbindung des Hotels du Reservoir mit Frankfurt a. M. fertiggestellt ist, nachdem sie mit Spa und Köln bereits freigelegt war.

Wilson über das Völkerbundsprojekt.

Paris, 29. April. (Havas.) Die gestrige Vollversammlung der Friedenskonferenz beschäftigte sich mit dem Völkerbundsprojekt. Wilson berichtete über die Änderungen im Text u. a. folgendes: Jedes Mitglied des Völkerbundes kann sich erst nach einer Kündigungsrücktritt von zwei Jahren aus dem Völkerbund zurückziehen.

Was geht in Libau vor?

Von einem Offizier wird uns aus Libau geschrieben: Nachdem in Libau durch die Revolution der Umsturz vollzogen war, verhinderte der damals gewählte Soldatenrat durch energisches Eingreifen ein Weitergreifen der Unordnung und bewirkte durch Beeinflussung der Truppen, daß diese eine leidliche Disziplin wahrten, so daß es überhaupt nicht zu Ausschreitungen kam...

Auch in bezug auf das Nebeneinanderleben der lettischen Bevölkerung mit den deutschen Truppen hat die Tätigkeit des Soldatenrats nur Gutes gezeitigt. Daß es in der Zeit der Umwälzung und nachher nicht zu einem Aufstand der Letten oder zu einem Angriff auf die deutschen Truppen, was bei der bekannten bolschewistischen Gesinnung eines großen Teils der Einwohnerschaft Libaus leicht möglich gewesen wäre, gekommen ist, ist lediglich das Verdienst des Soldatenrats, der in musterwürdiger Weise sich bei allen Behörden Lettlands und der Stadt Libau sowie bei allen dortigen Arbeiterorganisationen für ein erprießliches Zusammenarbeiten eingesetzt hat.

Diese Arbeit des Soldatenrats wurde auch durch die früheren Gouverneure Frh. v. Ledebour und Generalleutnant Reugebauer unumwunden anerkannt, und das gegenseitige Vertrauen, das damals zwischen Gouvernement und Soldatenrat herrschte, ermöglichte ein reibungsloses Zusammenarbeiten beider Institutionen.

Die Gelegenheit dazu ergab sich denn auch im Anfang April. Als Vorwand wurde genommen ein angeblicher Eingriff des Soldatenrats in die Befehlsgewalt des Gouvernements. Um sich die Truppe gefügig zu machen, wurde unter den Leuten das Gerücht verbreitet, der Soldatenrat

hätte Unterschlagungen und Schiebungen mit Bekleidungsstücken begünstigt resp. selbst vorgenommen. Da sich das Gouvernement seiner eigenen Truppen nicht sicher fühlte, wurden Truppen aus der Front nach Libau gezogen und die Verhaftung zweier Mitglieder des Soldatenrats vorgenommen; diese selbst wurden in Untersuchungshaft gebracht.

Das Gouvernement führte nun eine Entscheidung der Reichsregierung herbei, daß der Soldatenrat in Libau aufzulösen sei und eine Neuwahl nicht stattfinden habe. Der Antrag dazu wurde gestützt durch die Angabe, die Truppen hätten sich selbst gegen eine Neuwahl des Soldatenrats erklärt. Diese Erklärung ist nach Aufhebung des Soldatenrats von den Mannschaften gefordert worden, indem gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, daß alle diejenigen, die sich für einen Soldatenrat erklären würden, sofort in die Heimat entlassen werden würden. Von einer freien Willensbestimmung ist also hier keine Rede, sondern jedem, der einen Soldatenrat wollte, drohte einfach Entlassung, trotzdem gültige Verträge mit ihm abgeschlossen waren. Da die Abstimmung mit offenen Listen erfolgte, blieb also den Leuten nichts übrig, als den Willen des Gouvernements auszuführen, wenn sie nicht beschäftigungslos auf der Straße liegen wollten. Diese Abstimmung entsprach nicht im entferntesten der Stimmung der Truppen. Es war aber niemand da, der ihre Interessen vertrat, da mit dem Soldatenrat auch die Vertrauensleute entfernt worden waren.

Warum mußte nun der Soldatenrat entfernt werden? Wie schon oben gesagt, hatte der Soldatenrat sich für die Anbahnung vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den deutschen Behörden in Libau und der lettlandischen Regierung eingesetzt und wollte weiterhin wirken für eine Ausdehnung dieses Verhältnisses auf die beiderseitigen Regierungen. Dem Gouvernement kam es aber anscheinend gar nicht darauf an, sondern das verfolgte ganz andere Ziele, bei denen ihm die Bestrebungen des Soldatenrats hinderlich sein mußten.

Der Sturz der lettlandischen Regierung Ullmann-Walters bedeutete mit einem Schläge die Absichten gewisser Leute in Libau. Niemand hätte die zahlenmäßig schwache baltische Landeswehr diesen Staatsstreich unternehmen können, wenn sie sich nicht auf eine stärkere Macht hätte stützen können, und diese Macht kann nur das deutsche Gouvernement in Libau sein. Damit dieses sich aber zugunsten der baltischen Varnone betätigen konnte, mußte zunächst der Soldatenrat fallen, dessen Waffensamkeit die Vorbereitungen zu dem Staatsstreich nicht hätten entgegen können!

Es zeigte sich bei dem Umsturz in Libau, daß immer noch Leute am Ruder sind, die mit aller Macht versuchen, die alten Zustände wieder herzustellen; die aber in ihrer skrupellosen Weise nicht die geringste Rücksicht darauf nehmen, ob die junge deutsche Republik Schaden dabei nimmt oder nicht. Durch den Umsturz in Libau kommt mit deutscher Hilfe eine Minderheit wieder zur Herrschaft, während die Mehrheit nach wie vor in Abhängigkeit gehalten wird. Wie verhält sich das zu den von unserer Regierung als Grundlage des Friedens angenommenen 14 Punkten Wilsons? Das Zahlenverhältnis ist 1:10. Auf der einen Seite betont unsere Regierung vor aller Welt, daß sie die Rechte eines jeden Volkes achten will, auf der anderen Seite leihen Reichsbehörden ihre Mithilfe zum Sturz einer rechtmäßigen Regierung eines benachbarten Volkes, dessen Sympathien jetzt für immer verscherzt sind.

Wer soll uns in Zukunft glauben, daß wir es ernst mit der Annahme und Erfüllung des Wilsonprogramms meinen, wenn solche Dinge, wie in Libau, sich unter den Augen der deutschen Regierung vollziehen können. Wenn sich die Reichsregierung gegen solche Vorkommnisse und ihre Folgen schüben will, dann mag sie gelegentlich mal in Libau nach dem Rechten sehen.

Wiedersehen mit Tirpitz.

Voriges Jahr zu Pfingsten begegnete ich ihm in einem Coupé zweiter Klasse, das er für sich reserviert hatte. Hunderte von Pfingstreisenden wurden in die überfüllten Wagen dritter Klasse hineingepfercht, Hunderte Neben fahrend in den Stationen zurück, aber Seine Erzellenz der Herr Großadmiral sah unbewegt in seinem leeren Abteil zweiter Klasse, sah mit runden Augen gleichgültig auf das Gedränge der Reisenden, die vergebens an seiner verteidigten Waggontür rüttelten. Er strich sich gelassen die lange graue Watte, die ihm zierlich, an der ihn jeder flottenfreundliche Deutsche erkannte. In Freientwalde gelang es durch Drohungen den um die Einkassiert Tirpitz besorgten Schaffner zu zwingen, wenigstens das ebenfalls leere Coupé neben Tirpitz zu öffnen und, autoritätslos, wie wir schon damals waren, drangen wir weiter vor und sagten es sogar, auf den Tischhäuten neben und gegenüber seiner Erzellenz Platz zu nehmen. Er mußte diesen kollektiven Einfall in sein reserviertes Gehlog resigniert erdulden, nahm eine Zeitung zur Hand und strich sich nachdenklich die jedem nationalen Deutschen bekannte graue Watte. Diese Begegnung mit Tirpitz wurde damals in „Korrespondenz“ wahrheitsgemäß geschildert, aber es gab damals noch willfährige Eisenbahn-Bureaukraten, die nach der Pfeife des Herrn von Tirpitz zu berichten versuchten.

Sonntag fuhr ich auf der Straßenbahn, und da fiel mir ein alter Herr auf, der im plebejischen Gedränge mitten unter den Sonntagsgästen der Straßenbahn hand. Reservierte Plätze gab es in diesen überfüllten Wagen nicht, aber der Reisende, den ich nicht gleich erkannte, dem ich aber doch schon irgendwo einmal begegnet sein mußte, schloß sich mit Zerknirschtheit in das demokratische Gedränge. Er ließ sich sogar herbei, mit der Schaffnerin zu scherzen. Plötzlich ging mir ein Seitenherd auf, ich sah in die runden Augen des älteren Herrn und erkannte meinen Mitreisenden aus Freientwalde wieder, trotzdem er die Maske geändert hatte. Herr von Tirpitz hat sich seine historische graue Watte abnehmen lassen! Er, den alle Leser der „Boche“ am wackelnden grauen Volkswort wie seinen Herrn und Gebieter an den auswärts freudigen Schaurbartspitzen erkannten, hat seine jugendliche historische Blässe ausgedischt: Nur ein ganz bescheidener, kurz gestrichelter, kleiner Rundbart schimmelt die Erzellenz von gestern.

Ich mußte lächeln, als ich den ehemaligen Besitzer des wackelnden Volksworts wieder sah. Erzellenz schien auf das Erlöschen seines besonders großen Gewicht zu lauern. Erzellenz hatte sich unaufrichtig gemacht. Die Selbstbescheidung erschien mir wie ein verspätetes, nachsichtiges, nachgebendes Bekenntnis zu einem bescheiden gewordenen Staatsbürger.

Beamtenfragen im Haushaltsauschuß.

Der Haushaltsauschuß der preussischen Landesversammlung begann heute mit der Beratung der ihm überwiesenen Anträge, welche die wirtschaftliche Lage der Angestellten betreffen.

Schubert (S. P. D.) als Berichterstatter bezeugte die Einteilung in drei Teuerungsrufen als unrichtig, die einzelnen Beamtengruppen sollten gleichmäßig besoldet und jeder Gruppe gleichmäßig Teuerungszulagen gezahlt werden, da die Teuerung überall gleich sei. Die bisherigen pensionsfähigen Gehälter sind zu gering.

Geheimrat Wünsch gab eine Uebersicht über die Entwicklung der Teuerungszulagen, die mit 6 und 8 M. begann und heute auf 350 M. für einen Beamten mit 3 Kindern und 1800 M. Gehalt in Berlin belaufen ist. Die neuen Teuerungszulagen erfordern heute 1300 Millionen M.

Reiz (Zentr.), Dölge, Meier-Herford (Dt. Sp.), Götter (Dem.), Twardi (Soz.) beurteilten die Lage der Beamten ziemlich einmütig als traurig. Der Bestand der drei Teuerungsrufen wurde durchweg verurteilt.

Finanzminister Südekum wies nach, daß die Schaffung einer Teuerungsrufen 200 Millionen M. erfordere. Zweifellosermaßen dann aber auch die Eisenbahnbeamten, die heute 10 Lohnklassen haben, mit der Forderung einheitlichen Lohnes. Das würde 8 Milliarden M. erfordern und natürlich auch rückwärts auf die Lage in der Privatindustrie. Der Mangel an Mitteln macht die Erfüllung der aufgestellten Forderungen unmöglich, es sei denn, daß die Landesversammlung nicht nur die erforderlichen Kredite bewillige, sondern auch wirklich das Geld schaffe.

Fortsetzung der Beratungen am Mittwoch, 10 Uhr.

Gegen die Valutagewinner auf Reichskosten.

Eine Anfrage an die Reichsregierung.

Weimar, 29. April. In der Nationalversammlung ist folgende kleine Anfrage Davidsohn (Soz.) eingebracht: Ist der Reichsregierung bekannt, daß nach der Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere die nicht beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere fortgesetzt in größerem Umfange und zu steigenden Kursen an der Börse aufgekauft werden, und hat die Reichsregierung eine Kontrolle darüber, ob diese Vermögenswerte ins Ausland abwandern? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die damit verbundene etwaige weitere Verschlechterung unserer Valuta, die Steuerhinterziehung, Kapitalflucht, Verminderung unserer Kreditfähigkeit und Verteuerung der Lebensmittel zu verhindern? In der Reichsregierung bekannt, daß die Wertbemessung der beschlagnahmten Papiere sich erst zu den überaus hohen Preisen entwickelt hat, nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung einen über alles Erwarteten hohen Uebernahmepreis zu bezahlen gewillt war? Was gedenkt die Regierung nach diesen Erfahrungen im Fall der Notwendigkeit weiterer Beschlagnahme zu tun? Gedenkt die Reichsregierung im Falle etwaiger Beschlagnahmeverfügungen den Uebernahmepreis wiederum so zu gestalten, daß die Preiserminderung der entwerteten Valuta zugunsten der Wertpapierbesitzer im Uebernahmefall ausgeglichen würde?

Damit wird endlich eine Frage aufgeworfen, die lange genug ihrer Lösung harret. Es ist ganz unverständlich, daß die sonst so sparsame Reichskasse auf die Vergütung von Valutagewinnern solche Mittel aufwenden konnte, wie sie für die Uebernahme der ausländischen Rentenpapiere zugesagt waren. Die Frage, wie das in Zukunft vermieden werden soll, wird uns zu zeigen haben, ob der neue Finanzminister besser auf dem Posten ist als sein Vorgänger.

Demonstrationsversammlung der Kriegsbekämpften. In unserem Bericht in Nr. 214 geht und folgende Erklärung zu: „Auf die mehrfachen Anrufe: Kosogardel habe ich mündlich gesagt: „Ja wohl, sehr richtig, Kameraden, die Kosogarde ist zu beurteilen, aber streng objektiv betrachtet, ist sie für die jetzigen politischen Sachverhalte nur noch eine politische Notwendigkeit. Schuld daran trägt der 9. November, an dem wir uns über die Köpfe unserer Führer hinweg nicht einigen konnten.“

Noch keine Regierung in Braunschweig.

Braunschweig, 29. April. Die Entscheidung der Landesversammlung über die Bildung der neuen Regierung ist abermals vertagt worden, da bei Eröffnung der Sitzung wiederum nur die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien zugegen waren.

„Ruhe“ und „Ordnung“ sind bekäuflich die beiden Parolen des Bürgeriums, unter denen sich seine Furcht vor der Revolution verbirgt. Glaubt es diese oder durch sein Verhalten in Braunschweig zu sichern? Es sollte doch niemand wundernehmen, daß durch derartige Vorfälle in der Arbeiterschaft eine starke Erbitterung Platz greift.

Ein Uebergriff des Korps Lüttich.

Zur Entwaffnung des 11. Depots der R. S. W.

Die in unserer gestrigen Abendausgabe gemeldete Entwaffnung des 11. Depots der R. S. W. in Weihenfeldt stellt sich als ein besagener Vorfall und durch nichts zu rechtfertigender Mißgriff heraus. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, hat weder der Reichswehrminister Koste noch sein Vertreter v. Hilsa etwas von der Sache gewußt, so daß hier zweifellos ein eigenmächtiger Uebergriff einer anderen Stelle vorliegt.

Die Gründe, die für die Entloftung des 11. Depots angegeben werden, sind keineswegs stichhaltig. Von einer Ungewissenheit der Mannschaften kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil: diese Truppe kann als die zuverlässigste gelten, welche die Regierung besitzt, denn sie rekrutierte sich fast ausschließlich aus organisierten Parteigenossen. Das 11. Depot bestand aus den Ueberresten der ehemaligen Regimenter Reichs-Tag und Liebe. Wie noch erinnerlich sein wird, entstanden diese beiden Formationen in den Jamarunrufen. Damals traten sich Parteigenossen zum Schutze der Regierung zusammen, und man war von Anfang an darauf bedacht, nur solche Elemente in diese Truppe aufzunehmen, die wirklich aus innerster Uebergangung für die sozialistisch-demokratische Regierung einzutreten gewillt waren. Gemäß dieser Entstehung war die Struktur der beiden Regimenter eine andere als die der übrigen Freiwilligen-Regimenter, sie unterstanden selbstgewählten Führern und besaßen Soldatenräte.

Somit in den Jamarun wie in den Königslogen haben beide Regimenter voll ihre Pflicht getan. Auch nicht der kleinste Teil von ihnen hat sich ungewissenheit gezeigt, den Befehlen verweigert, oder sich widerstandslos entwaffnen lassen. Woburn sich diese Truppenanteile allerdings von anderen Freiwilligen-Formationen unterscheiden, das ist die Tatsache, daß sie gemäß ihrer Zusammensetzung ein besonderes Verhalten an den Tag legten und, soweit ihre Tätigkeit reichte, jenseit übernehmliche Vorsehen, jene Ersätze und berurteilenswerten Mißgriffe zu vermeiden wußten, durch die andere Freiwilligenverbände ein böses Andenken in der Berliner Bevölkerung hinterlassen haben. Daß sie deswegen nicht weniger pflichttreu waren, das beweisen die zahlreichen Taten und Verdienste, die sowohl im Januar wie im März bei den Regimentern zu bezeichnen waren. Romanich hat jenen Truppen auch der Schutz des Festungsbereichs obliegen, der im März zur vollen Zufriedenheit funktioniert hat, wofür den Truppen noch durch den Gouverneur Schöpffin die wärmste Anerkennung ausgesprochen worden ist.

In einigen Zeitungen werden noch andere Gründe für die Auflösung des 11. Depots genannt. So wird behauptet, daß das Depot in letzter Zeit Angehörige der aufgelösten Volksmarinendivision aufgenommen habe. Das ist völlig aus der Luft gegriffen, es ist überhaupt kein Angehöriger der Volksmarinendivision aufgenommen worden. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß dem Quartier des Depots aus ein schwungvoller Handel mit Waffen und Lebensmitteln getrieben worden sei. Offenbar versucht hier dieselbe Stelle, die eigenmächtig die Entwaffnung vornahm, ihr Verhalten durch schematische Schwünge zu bedecken.

Wir fordern den Reichswehrminister auf, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß den Truppen volle Genugtuung zuteil und die ausgesprochene Entloftung rückgängig gemacht wird. E. R.

Wo ist er hin, der alte, wie eine Fahne getragene, lähnwandelnde Volkswort?
Die Demokratie hat ihn gestrichelt! m. k.

Fiume.

Fiume oder Njela: an dieser Frage ist die Einigkeit der Italiener in die Brüche gegangen. Die Italiener kennen nur ein Fiume, aber für alles, was kroatisch ist, heißt die Stadt am Golfe von Quarnero einzig und allein Njela. Mit demselben Namen bezeichnen die Kroaten das winzige, sonst Rijmata genannte Njehden, das am Ostufer der Stadt, von den losen Karssteden herabsickernd, sich in den Golf von Quarnero schleicht. Dort, wo die Klippe von Fiume an des Wasserlein stößt, führt darüber eine Brücke — und an dieser Brücke schaden sich die Wälder. Was östlich davon liegt, das ist das kroatische Susak, ein samisches Land und Volk; aber diesseits der Brücke liegt das vielumstrittene Stadtgebiet von Fiume selbst, wo die Nationalitäten schon seit Jahrhunderten aufeinander gestossen sind. Bereits im Altertum war hier eine blühende Stadt. Ihr Gesicht ist all die Zeit ihrer Geschichte westwärts gerichtet gewesen; der Patriarch von Aquileja, später weltliche italienische Herren haben über Fiume geboten; 1471 wurde es dem habsburgischen Besitze angegliedert und dann schließlich im 18. und dann endgültig im 19. Jahrhundert als Festsstadt an Ungarn gegeben. Das Gewerbe der Stadt bezieht ihre alten Beziehungen zu Italien. Italienisch ist im ganzen der Zuschnitt des Lebens, und wenn man in das Gemirr der Kroaten und der engen Njehden neben und hinter dem Corso einsteigt, so glaubt man sich in eine italienische Stadt versetzt, nicht nur der Architektur, sondern auch dem Leben und Treiben der Bevölkerung nach. Auch vor der Anteil der Italiener an der Bevölkerung von Fiume, besonders unter den gebildeten Klassen, noch bis in die neueste Zeit hinein fast überwiegend. Aber vom Osten her, aus dem Sammelbecken des Südbalkanens, sind die Kroaten unaufhaltsam über die Rijmata vorgezogen, haben die Stadt mit slowenischem Wesen durchsetzt und sie mehr und mehr in den Bereich ihres Volkstums gezogen.

Und noch ist sie begehrenswerter, diese Stadt, die sich am Fuße der wildschönen Karstberge in den innersten Winkel des Quarnerogolfes lauert und mit ihren trefflichen Oasen einen reichen Handelsverkehr zu betätigen vermag. Es ist ihrer eine ganze Reihe: außer dem Neuen Hafen, der durch die schöne Matia-Theresien-Mole in seiner ganzen Ausdehnung geschützt ist, noch ein Holzhafen, ein Petroleumhafen, ein Hafen für die Segelschiffe usw. Der großartige Lauf der Rüste hat die Gestalt der Stadt bestimmt, und dieser Laufe schmiegt sich auch ihre Hauptader an, die noch italienischer Art der Corso heißt. Der Lauf von dem Corpa-Platz im Osten bis zum Adami-Platz im Westen, und auf diesem, unmittelbar am Hafen, pflegt sich bei den Mägen der Musik des Abends ganz Fiume zusammenzufinden und die Musik, das Leben und sich selbst zu genießen. Am Alter der Stadt erinnert noch ein übriges nicht erheblicher römischer Triumphbogen, an die italienische Zeit wieder, so vor allem der überlebende Lorbeer des Du Corja. Auf

dem Gipfel des Berges, an den sich die stillen Gassen anschließen, haben einst die Franzosen sich ein festes Schloß gebaut. Die alte Franzosen-Burg ist heute in recht verfallenem Zustand, aber die Kirche, die das Geschlecht hier oben gegründet hat, hat sich erhalten und zu einer hochberühmten Wallfahrtskirche entwickelt. Das ist die Kirche der „Madonna del Mare“, in die ein der Legende nach vom heiligen Lukas gemaltes Bild der Madonna von Loreto zahlreiche Fromme zieht, die den langen Stationsweg den Berg hinauf nicht scheuen. Das Meer und der Gedanke daran beherrscht diese Kirche. Zahllose Schiffer lassen für Rettung aus Seenot der Mutter Gottes das Meer hier oben in ihrer Kirche Dankwörter gestiftet, und tritt man hinaus, so schweift der Blick über die blaue Meeresschleife, die hier, umschlossen von Ansehn, wie ein gewaltiger Bandsee ausfließt. Sie gärten die marmorernen, zerfetzten Höhlen des Karstes, und drunten am Meere, dicht zusammengedrängt, er scheint die Stadt, um deren Besitz jetzt zwei Rassen kämpfen.

Notizen.

Der Berliner Arbeiterrat für Kunst hat sich endgültig konstituiert. Dem Arbeitsausschuß gehören an: Walter Gropius (Vorsitzender), Cesar Klein, Adolf Dehne (Geschäftsführer), Bruno Lant, Karl Schmidt-Rottluff, Erich Gedel, Wilhelm Valentiner, Max Lant, Otto Berning, Gerhard Rardz, Max Reckstein, Georg Kolbe, Bernhard Hasler, Heinrich Richter (Berlin), Ludwig Weidner. Von diesen ist wieder eine Arbeitsgemeinschaft Berliner Künstler und Kunstschaffender gewählt worden, die ein utopisches Kunstprojekt ausgearbeitet werden. Außerdem sollen Ausstellungen veranstaltet und Scheitern herausgegeben werden.

Aus der Bühnenwelt. Jacob Tiedtke, der bekannte Berliner Charakterkomiker, wird vom Herbst an im Schauspielhaus auftreten.

Dichterabend. Im Salon Fritz Gurtt, Potsdamer Straße 118, ließ am 2. Mai, 8 Uhr, Alfred Richard Meyer aus eigenen Reihen Höher von der Jenat Verbotens, Agathe Bergmann von der Volksbühne Unveröffentlichtes.

Berühmter Vortrag. Die Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege verschiebt die für den 15. Mai anberaumte Sitzung auf den 18. Mai. Es spricht Professor Thoms „Ueber die Feindverjüngung Deutschlands vor, in und nach dem Kriege“.

Die Genossenschaft Deutscher Tonseher (Anstalt für musikalische Aufführungsrecht) gab in ihrer Hauptversammlung der Erwartung Ausdruck, daß der Vorstand die Durch die Umwälzung der sozialen Verhältnisse gebotenen und möglichen Schritte tun werde, um der künftigen Kunst die ihr gebührende Stellung gegenüber dem gewerblichen Unternehmertum zu sichern.

Die Kunst im Käte-Ungarn. Alle Kongressführer und Sängerrinnen sind in Ungarn nach Budapest Blättern zu Staatsbeamten ernannt worden. Sie erhalten 1500 Kronen monatlich und müssen Tag und Nacht bereit sein, um in Konzerten zu singen, für die ihnen die Volksbeauftragten Anweisung geben. In Budapest spielt man nur revolutionäre Stücke. Einmal der belächelten „Hejermans“ „Hoffnung auf Segen“.

Tagungen in Weimar.

Der Seniorenkonvent über die Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Weimar, 20. April. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“). Der Seniorenkonvent der Nationalversammlung hat heute Nachmittag über die Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin beraten. Anfang dieser Beratung wird der Umstand, daß die Friedenskommission der Nationalversammlung nach Angabe der Regierung nur in Berlin tagen kann, weil ihr in Berlin die nötigen Informationen auf Grund der Akten und der Anwesenheit aller einschlägigen Referenten der Reichsämter schnell gegeben werden können. Infolgedessen halten die Mitglieder der Friedenskommission ebenso wie die Mitglieder der Reichsregierung es für richtig, wenn auch das Plenum am Orte der Friedenskommission tagt. Vorläufig ist beschlossen worden, daß der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung, dessen Mitglieder zum Teil auch Mitglieder der Friedenskommission sind, seine heute begonnenen Beratungen morgen aussetzt, um der Friedenskommission die Möglichkeit zu geben, am 2. Mai in Berlin zusammenzutreten. Außerdem wird am Dienstag nächster Woche das Plenum der Nationalversammlung hier in Weimar zusammengetreten. Dessen wird der Antrag unterbreitet werden, die Nationalversammlung nach Berlin zu verlegen. Es hängt nun vom Beschluß des Plenums der Nationalversammlung ab, ob dieser Antrag Genehmigung findet. Für den Fall, daß das Plenum zustimmen sollte, wird die Hoffnung ausgesprochen, daß es möglich sein wird, das Herrenhaus in Berlin für die Nationalversammlung frei zu bekommen, da vorläufig an eine Ueberführung der Nationalversammlung in das Reichstagsgebäude aus inneren Gründen nicht gedacht werden kann.

Die Uebernahme des Verkehrswezens in Staatseigentum.

Weimar, 20. April. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“). Der Verfassungsausschuß ist heute Nachmittag wieder zusammengetreten. Er hat den 2. Unterabschnitt des 6. Abschnitts des Entwurfs der Reichsverfassung, der sich mit dem Verkehrswesen beschäftigt und die Ueberführung der verschiedenen Staatseisenbahnen in Reichseigentum behandelt, in Angriff genommen. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses hat für den grundlegenden Artikel 90 eine Fassung vorgeschlagen, die die Zustimmung der Reichsregierung und auch der meisten Einzelregierungen, die über Staatseisenbahnen verfügen, gefunden hat. Dieser Artikel 90 lautet:

„Aufgabe des Reichs ist es, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum und seine Verwaltung zu übernehmen.“

Die Uebernahme der gesamten Staatseisenbahnen hat spätestens bis zum 1. April 1910 zu erfolgen. Soweit bis zum 1. Oktober 1900 eine Verhandlung nicht herbeigeführt ist, wird die Entscheidung über die Bedingungen der Uebernahme durch Reichsgesetz mit der Maßgabe getroffen, daß die Höhe der Entschädigung durch ein Schiedsgericht festgesetzt wird, dessen Obmann nützlichfalls der Präsident des Reichsgerichts bestimmt.

Wenn das Reich Privateisenbahnen erwerben will, so stehen ihm die Anwartsrechte der Länder zu.“

Der preussische Eisenbahnminister Oeder erklärte, daß die Regierungen Preussens, Badens, Württembergs und Sachsens sich bereit erklärt haben, diesem Antrage zuzustimmen. Wegen die Bestimmungen dieses Artikels, bis zum 1. April 1901 die Staatseisenbahnen in Reichseigentum zu überführen, kann nur die bayerische Regierung. Für diese bayerische Regierung sprach der Ministerpräsident der bayerischen Staatseisenbahnen Hölzer. Er kommt von keinem partikularen Standpunkt nicht heraus und vertritt ihn auch heute im Verfassungsausschuß in mehreren Reden. Aus seiner bisherigen Stellungnahme geht hervor, daß er ein Gegner der Reichseisenbahnen ist. Ihm und dem bayerischen Generaldirektor wurde von bayerischer Seite, und zwar vom Abg. Reich-Rüchberg geantwortet, der in längerer einflussreicher Rede den entgegengelegten Standpunkt einnahm, auf die vielen Unzulänglichkeiten der bisherigen Eisenbahngestaltung und auf die Umleistungen auf die Konkurrenz ab, auf die Folgen der kleineren Bundesstaaten gegenüber der altpreussischen Eisenbahnpolitik hinwies und daraus den Schluß zog, daß auch für die bayerische Industrie und für das bayerische Volk die Schaffung einheitlicher Reichseisenbahnen im bayerischen Interesse dringend notwendig sei. Selbstverständlich wünscht auch Abg. Reich, daß nicht von einer Zwangsenteignung, wie Hölzer und Regier es hinstellt, die Rede sein sollte, daß vielmehr die Ueberführung der bayerischen Bahnen in Reichsbefehl auf dem Wege der Verhandlung und des Vertrages erfolge, aber dazu gehört, daß auf Seiten der bayerischen Regierung der gute Wille für diese Verständigung mitgebracht würde. Auf denselben Standpunkt wie Abg. Reich stellte sich auch der Vertreter der Sozialdemokratie, für die bisher Abg. Kassenstein gesprochen hat.

In der Debatte nahm auch der neue Reichschahminister Dernburg das Wort, der auf die Wichtigkeit der künftigen Reichseisenbahnen für die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens hinwies und erklärte, daß mit dem preussischen Verzicht auf seine Staatseisenbahnen dieses Preußen, dem man früher mit Recht vorgeworfen habe, daß es keine moralischen Grobertungen machen könne, den Anstoß gegeben hat, die alten Urteile zu revidieren und daß Preußen auf seinem Eisenbahngelände bahnbrechend für die übrigen Bundesstaaten vorgegangen sei.

Zu der Haltung der beiden bayerischen Regierungsdirektoren möchten wir bemerken, daß diese Haltung nur aus der persönlichen Rot und aus der persönlichen Stellung des Ministerpräsidenten Hölzer zu erklären ist, der von seinem allen partikularen Standpunkt nicht mehr berückten kommen kann. In denselben Augenblick, wo dieser Hölzer einem anderen Range mit modernen Anschauungen Platz machen muß, wird auch die Stellung der bayerischen Regierung und des Seniorenkonvents des bayerischen Reichstages vermutlich eine andere sein.

Aus der ungarischen Räterepublik.

Die gesamte ungarische Presse ist seit Errichtung der Räterepublik im ausschließlichen Besitz der Sowjetgewalt; die Freiheit der Presse ist vollkommen beseitigt; die früheren großen bürgerlichen Zeitungen, wie „Bester Lloyd“ u. a. sind mit Sowjet-Redaktionen besetzt und dienen als Publikations- und Propagandaorgane den bolschewistischen Gewalttätigen.

Ein Bild in die Spalten jener ungarischen, von den Räterepublik geleiteten Presseorgane gibt nun interessante Aufschlüsse über die Regierungsmassnahmen und ihre Erfolge. In fast jeder Nummer des „Bester Lloyd“ erscheint an erster Stelle folgender „Befehl“:

„Im Sinne der Verordnung des Volkskommissars für Gezwungen sind die gegenwärtig aktiven Dienst leistenden Soldaten verpflichtet, in die Rote Armee einzutreten und den Heeres der Roten Armee zu unterwerfen. Die dem nicht nachkommen wollen, sind vor den revolutionären Gerichtshof zu stellen.“

Budapest, den 11. April 1919.

Die Volksbeauftragten für Gezwungen.“

Diese „Werbe“ Tätigkeit für die Rote Armee steht übrigens in eigenartigem Kontrast zu den an anderer Stelle des Blattes zu findenden Mitteilungen, wonach die Proletariatsmassen der Roten Armee freiwillig zuströmen!

Mit Eifer sind die zahllosen Sowjetbehörden bemüht, durch Verfügungen willkürlicher Art sich die Gunst der breiten Bevölkerungskreise zu erringen. Beschlagnahmen der Vorräte in den Kleider- und Möbelgeschäften werden durchgeführt und die so „erworbenen“ Vorräte an die bedürftigen Arbeiter zu niedrigen Preisen ohne Rücksicht auf den Gesteigungswert der Waren abgegeben.

Um der in Budapest herrschenden Wohnungsnot abzuhelfen, sind besondere Kommissionen tätig, Räume ausfindig zu machen, die der unter der Wohnungsmisere leidenden Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt werden. Zwangseinquartierungen erfolgen in größerem Umfange in den Behausungen derjenigen Bürger, die über eine reichlichere Zimmerzahl verfügen. Dies an sich wohl verständliche Beginnen scheint aber erhebliche Schwierigkeiten auszulösen, denn der dies Gebiet bearbeitende Volkskommissar gibt bekannt, daß bei näherer Prüfung festgestellt werden mußte, daß 75 Proz. der Gesuche um Zuweisung von größeren Wohnräumen als unbegründet zurückzuweisen waren.

Das größte Interesse verdienen die Bekanntmachungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Hier zeigt sich eine gewisse Ernüchterung insofern, als die Sowjetbehörden zugeben, daß sich die wirtschaftlichen Folgen der Gesamtverhältnisse durch einfache Dekrete nicht meistern lassen. Vorklagt wird vom Volksbeauftragten Mör, daß eine Reihe von Komitaten ihren Ablieferungsplätzen nicht nachkommen. Ueber die Preisbildung der Lebensmittel spricht er sich aber sehr im Gegensatz zu früher gemachten Versprechungen wie folgt aus:

„Die industrielle Arbeiterschaft hat erwartet, daß die Schaffung der Proletariatsdiktatur die Preise der Lebensmittel wesentlich herabsetzen werde. So wünschenswert dies auch wäre, kann es leider doch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. Auf die Preisbildung üben nämlich zahlreiche wirtschaftliche Faktoren einen richtunggebenden Einfluß aus, besonders die Menge der produzierten Warenartikel und die Bildung der Kosten der Produktion... Die wesentliche Herabminderung der Preise jedoch kann nur durch die groß angelegte Steigerung der Produktion hervorgerufen werden.“

Während diese Ausführungen des ungarischen Ernährungskommissars auch bei der deutschen Arbeiterschaft Beachtung finden. Nicht die Form einer sozialistischen Regierung vermag einen Einfluß auf die Menge und die Preise der Lebensmittel auszuüben, sondern einzig und allein eine „Steigerung der Produktion“ vermag Abhilfe zu schaffen. Das ist die Lehre, die uns Ungarn und vorher schon Rußland gibt.

„Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Landwirtschaft.“ Vom Lande wird uns dazu geschrieben: Diese Gründung ist eine rein geographische. Ihre Agitatoren sind ausschließlich Deutsch-nationale, und was dabei für die Bauernschaft herauskommen soll, wissen wir ganz genau. Den Punkt „Abbau der Kriegswirtschaft“ hat man nur herangezogen, um die Bauern zu ködern; das ist noch das einzige Mittel, um die Bauern wieder einzulassen. Denn die alte konservative und heutige deutschnationale Volkspartei hat jedes Vertrauen bei der Landwirtschaft verloren. Sinker dieser neuen Gründung sieht der Großgrundbesitzer und gedenkt, die Bauern wieder für seine dunklen Pläne zu mißbrauchen. Seine Rede beiziehend sich in der Gründungsversammlung dahin aus, daß die Arbeitsgemeinschaft das beste Bollwerk gegen das weitere Vordringen der Sozialdemokratie auf dem Lande sei. Hier heißt es: Genossen auf dem Lande, haltet die Augen auf, der Erbfeind der Sozialdemokratie ist wieder eifrig an der Arbeit!

Bolschewistischer Stumpfheit. Das Reichspostministerium hat bekanntgemacht, daß gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen usw. nach Italien wieder angenommen und beschwert werden. Nach Deutschland dagegen sind Einschreibesendungen nach wie vor unzulässig. Von Deutschland nach Deutschland sind alle Postbeförderungen aufgehoben. Die Briefe brauchen auch nicht offen zu sein. Wollte sich das hohe Reichspostministerium endlich mal über diesen Anflug äußern? Soll man vielleicht einen Einschreibebrief von Berlin nach Wien erst an einen Vermittler in Mailand schicken?

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Der Vollzugsrat hat am 20. April zu den in nächster Zeit vorzunehmenden Arbeiterratswahlen Stellung genommen. Die Forderungen waren beauftragt, je einen Entwurf auszuarbeiten. Nach längerer Diskussion wurde eine Vorlage angenommen, die wir weiter unten veröffentlichen. Es wurde auf Grund der von den Vollzugsräten der Arbeitsgemeinschaft und dem kommunalen Ausschuss ausgearbeiteten Richtlinien folgendes festgelegt:

Die Arbeitsgemeinschaft aller Arbeiterräte der Angehörigen, Arbeiter, Beamten, Hilfskräfte und Lehrer der Stadt Berlin hat den Zweck und die Aufgabe, die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Arbeiterräte der Stadt Berlin zu einheitlicher Tätigkeit zusammenzuführen und die Kontrolle und Ueberwachung in folgender Weise auszuüben:

1. Die Arbeiterräte haben das Recht, die Betriebe und Verwaltungsstellen zu überwachen und zu kontrollieren. Differenzen werden, falls sie nicht von dem zuständigen Arbeiterrat erledigt werden können, zunächst vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft geprüft. Erfolgt keine Entigung, so muß der kommunale Arbeiterrat von Berlin, bestehend aus dem kommunalen Ausschuss des Vollzugsrats und aus den Volksbeauftragten, angerufen werden. Die endgültige Entscheidung trifft der Vollzugsrat.
2. Das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiterräte bezieht sich auf alle die Arbeitnehmer betreffenden Fragen.
3. Der Arbeitsgemeinschaft liegt es ob, Vorschläge zur Förderung und Steigerung der Leistungsfähigkeit wie auch zur Vereinfachung und Demokratisierung des Verwaltungsapparates dem kommunalen Arbeiterrat von Berlin zu unterbreiten, der sie gemeinsam mit den höchsten Behörden zur Durchführung zu bringen hat.

Folgender Beschluß wurde einstimmig gefaßt:

„Die Angestellten der Berliner Hotels dürfen am 1. Mai nur soweit ihrer Beschäftigung nachgehen, wie es zur Verpflegung der von auswärts zureisenden Hotelgäste unbedingt notwendig ist.“

Entsprechend einem Antrag des Arbeiterrats Neukölln wurde beschlossen, sofort die anhängigen Stellen zu veranlassen, alle aus politischen Gründen Inhaftierten unterzulassen.

Der nächsten Vollversammlung der A. u. S. Räte überwies man den Antrag des A. R. Neukölln, die Regierung aufzufordern, den Belagerungszustand sofort aufzuheben und bei Verweigerung der Regierung sofort eine Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte einzuberufen und kommunale Arbeiterräte einzuberufen, dort den Belagerungszustand als aufgehoben zu erklären und gegebenenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Beschluß durchzuführen.“

An das werktätige Volk Groß-Berlins.

Für Neuordnung und zum Wiederaufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens ist die Mitarbeit der gesamten werktätigen Bevölkerung notwendig. Durch die Organisation der Arbeiterschaft und die Revolution ist diesem Wiederaufbau geschaffen. Um einen Ausbau der Räteorganisation vorzunehmen, sind dieser

ein besseres Fundament zu geben, müssen Neuwahlen der gesamten Arbeiterräte stattfinden.

Das Wahlrecht.

Wahlberechtigt sind ohne Unterschied des Geschlechts alle über 18 Jahre alten Hand- und Kopfarbeiter, die ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige und mühselige Arbeit leisten und dadurch ihren Lebensunterhalt erwerben.

Diejenigen Personen, die zum Erwerb ihres Lebensunterhalts eine beschränkte Anzahl von Hilfskräften brauchen — wie Metzger, Assistenten, Apotheker, Schriftsteller, Juristen, Künstler usw. —, sind ebenfalls wahlberechtigt, desgleichen auch Kleingewerbetreibende und Handwerker, soweit sie nicht ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigen.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Personen, die im Besitz von Produktionsmitteln sind, diese im eigenen Interesse ausnützen und ständig durch fremde Arbeitskräfte bedienen lassen. Ferner Personen, die einen privatkapitalistischen Betrieb oder eine Anstalt nachweise aufrechterhalten und ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigen. Desgleichen auch solche, die von Grundrente oder arbeitslosem Kapitaleinkommen leben, sowie die durch Lantiere und dergleichen am Unternehmenserwerb beteiligten Direktoren, Produzenten usw.

Die Wahlen der Arbeiterräte erfolgen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und nach Verufen und Betrieben. Großbetriebe bilden selbständige Wahlkörper, während Mittel- und Kleinbetriebe zu Wahlkörpern zusammengelegt werden. Zweie Berufe, sowie Berufsgruppen, die nicht in geschlossenen Betrieben mit mehreren Personen zusammenarbeiten, bilden Wahlkörper nach Berufen.

Die Arbeiterschaft sowie alle Wahlberechtigten werden aufgefordert, sofort zur Neuwahl Stellung zu nehmen.

Diejenigen Organisationen oder Berufsverbände, die bei der Bildung der Wahlkörper mitwirken bzw. ihre Organisation, als für die zukünftige Berufsgruppe geltenden Wahlkörper anerkannt wissen wollen, müssen sofort einen diesbezüglichen Antrag dem Vollzugsrat unterbreiten.

Für Angestellte in Privatbetrieben, Hausfrauen, Arbeitslose und Invaliden werden später besondere Bestimmungen bekanntgegeben.

Nähere Mitteilungen über Erfassung der Wahlberechtigten und über das Wahlreglement werden demnächst bekanntgegeben.

Der Vollzugsrat,
Rich. Müller. Fr. Prolet.

Sonnabend, 3. Mai, 10 Uhr, in den Rammersälen, Teplitzer Straße.

Vollversammlung

der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte sowie der Delegierten der Soldaterräte.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vollzugsrats. 2. Entscheidung zurückgehaltener Anträge.

Für die kommunalen Arbeiterräte werden neue Legitimationskarten ausgegeben. Die Vorstände werden ersucht, diese am Freitag, 2. Mai, beim Vollzugsrat, Zimmer 5, in Empfang zu nehmen. Die neuen Karten werden nur an die Vorstände oder an die von den Vorständen mit genügender Legitimation versehenen Personen ausgegeben. Bei der Empfangnahme ist eine genaue Liste der kommunalen Arbeiterräte des Ortes vorzulegen. Einzelne Karten werden vom Vollzugsrat nicht ausgegeben. Die kommunalen Arbeiterräte müssen die Karten von ihren Vorständen in Empfang nehmen.

Rich. Müller. Prolet.

Die Arbeiterräte der Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden haben sich einen geschäftsführenden Ausschuss gewählt: Bureau im Hause des Vollzugsrats, Zimmer 8. Anfragen und Anträge an den Beamtenausschuß, in den Seiten 23; Telefon: Nocht 100-104, Zimmer 8.

Industrie und Handel.

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat die Obersächsisch-Kohlenkonvention die Genehmigung einer Erhöhung der Kohlenpreise um 12 M. pro Tonne erhalten mit der Maßgabe, daß die Hälfte dieser Preiserhöhung nicht den Werken ausgezahlt, sondern einem Ausgleichsfonds zugeführt werden soll. Aus diesem Ausgleichsfonds sollen diejenigen Werke unterstützt werden, die mit dem Preise von 6 M. nicht auf ihre Kosten kommen. Diese Art der Preisfestsetzung ist schon ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der alten Substitutionspreispolitik, bildet jedoch der Regierung, die sie genehmigt, eine erhöhte Verantwortung der Regierung der Volkswirtschaft gegenüber in der Preisfrage auf. Um so befremdlicher muß es erscheinen, daß das Reichswirtschaftsministerium bei der Genehmigung der Kohlenpreise gleich mit Zufügen freigegeben ist, welche dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat wie dem Niedersächsischen Kohlenyndikat die gleichen Preiserhöhungen in Aussicht stellen. Die Preiserhöhungen für Obersachsen waren nämlich damit begründet worden, daß der oberdeutsche Bergbau unter ungünstigeren Verhältnissen wirtschaftet wie der Rheinisch-Westfälische. Preiserhöhungen für den letzteren würden also wieder neue Forderungen für Obersachsen nach sich ziehen. Aus diesem Grunde ist doppelte Vorsicht geboten. Die Aufhebung der Höchstpreise, die die Regierung dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat bereits grundsätzlich zugelassen hat, kann leicht ihre Spitze gegen die Industrie selbst richten, da die radikale Arbeiterschaft schwerlich sich die Gelegenheit entgehen lassen wird, neue Forderungen an sie zu knüpfen.

Die Kapitalflucht in das Ausland.

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt folgende Meldung aus Kopenhagen: Die schweizerischen Banken wissen nicht mehr, wohin mit den vielen Geldeinlagen. Man spricht, daß gegenwärtig Milliardenwerte deutschen Geldes auf schweizerischen Banken deponiert sind. Das ist sehr glaublich, wenn man weiß, wie durchlöcherig der Grenzschutz ist. So wird es kommen, daß die meisten Kriegsgewinne in Sicherheit gebracht sind, bis die Reichsregierung daran geht, die Finanzen zu ordnen. — Die Meldung bestätigt nur, was die Wertebewegung und die Gerüchte an der Börse schon seit längerem allen denen wahrscheinlich machten, die die Moral des Kapitalismus kennen. Bürgerliche Blätter haben bereits darauf hingewiesen, daß der Geldschmuggel nach der Schweiz in ganz ungeheurer Weise, vor aller Augen gehandhabt wird, ohne daß es bisher der Regierung gelungen wäre, nachdrücklich dagegen einzuschreiten. Die Gewinne, die gewissenlose Schieber mit diesen Kapitalflüchten erzielen, kann der Arbeiter mit erhöhten Preisen für eingeführte Lebensmittel bezahlen. Ohne die günstigen Wirkungen der niedrigen Salva auf unsere Ausfuhrpolitik zu verkennen, muß doch festgestellt werden, daß dieser unsere Ernährungsverhältnisse auf das schwerste treffende Mißstand unbedingt einer Abhilfe bedarf — wenn es nicht schon zu spät ist.

Parteinachrichten.

Personalien. Genosse Anton Weismann scheidet aus der Redaktion unseres Freiburger Parteiblattes, der „Volkswacht“, aus und tritt in die Presseabteilung des badischen Ministeriums des Innern ein. Weismann behält sein Mandat zum badischen Landtage bei.

Groß-Berlin

Die Maifeierbekanntmachungen

Rehen im heutigen Anzeigenteil. Die Schilder, Plakate und sonstiges Material zur Maifeier sind im Laufe des heutigen Tages im Bezirksvorstandsbüreau, Bellevuestr. 7, abzuholen.

An die arbeitende Jugend! Jugendgenossen und -genossinnen!

Mit den größten Hoffnungen haben wir die Revolution begrüßt. Wir erwarten von der Volkserhebung die sofortige Verwirklichung eines umfassenden Jugendschutzprogramms, eine Besserung der gedrückten Lohnverhältnisse. Schon zu lange dauern die Vorbereitungen, welche die Regierung zur Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage benötigt, in welcher die vom Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin aufgestellten Forderungen verankert sind. Mit Nachdruck muß die Jugend ihr Recht fordern. Dies soll geschehen in einer Massenkundgebung, dem

Mai-Jugendtag

am Sonntag, den 4. Mai, in Kaulsdorf-Süd. Er soll ein mächtiges Bekenntnis werden für unsere Forderungen:
Sechsstündiger Arbeitstag, Zahlung eines der Arbeitsleistung entsprechenden Lohnes, Regelung des Beurlaubenswesens, Gewährung von Erholungsurlaub, Ausbau der Volks- und Fortbildungsschulen.
Hoch die freie Jugendbewegung! Hoch die Solidarität!
Die Treffpunkte werden morgen bekanntgegeben.
Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin
Jugendsekretariat, Berlin W. 9, Bellevuestraße 7, 3 Tr.

Keine Straßenbahn am 1. Mai.

Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn beschlossen, am 1. Mai vollständig die Arbeit ruhen zu lassen, um sich dem Proletariat anschließen zu können.

Der Arbeiterausflug: Rostus, Schaumburg.

Den gleichen Beschluß haben die Angestellten der Teetower Kreisbahn gefaßt.

Die Angestellten der Städtischen Straßenbahnen der Stadt Berlin haben in geheimer Abstimmung beschlossen, am 1. Mai den Betrieb ruhen zu lassen.

Keine Hochbahn am 1. Mai.

Die von über 700 Personen besuchte Versammlung der Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn beschloß mit 515 gegen 180 bei 17 ungültigen Stimmen, am 1. Mai den Betrieb ruhen zu lassen.

Der 1. Mai im Gastwirtsgeerbe.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hat beschlossen, in Berlin den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern.
Im Reichertändnissen vorgebungen, ist zwischen den unterzeichneten Organisationen folgende Vereinbarung getroffen worden:
Gastwirtsgehilfen und andere gewerbliche Arbeiter dürfen in den Betrieben des Gastwirtsgeerbes am 1. Mai nicht beschäftigt werden. Dagegen steht es den Betriebsinhabern frei, ihre Betriebe offen zu halten und ihre Familienmitglieder bei der Bedienung zur Fortsetzung des Betriebes zu verwenden.
Gewerkschaftskommissionen Berlin und Umgebung,
Verband der Gastwirtsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin),
Sozialdemokratische Partei (Bezirk Groß-Berlin),
Unabhängige sozialdemokratische Partei (Bezirk Groß-Berlin),
Jugendverband deutscher Wirtvereine.

Groß-Berliner Wohnungspolitik.

Der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsweesen hatte gestern seine Jahresversammlung. An ihr nahmen teil Vertreter der Gemeinden Groß-Berlins und

der Staatsbehörden, gemeinnütziger Bauvereine, anderer Wohlfahrtsvereinigungen und Arbeiterorganisationen. In dem Jahresbericht schilderte der Generalsekretär Dipl.-Ing. Lehner den Wohnungsmarkt, die Notlage vieler Wohnungsuchenden und die Schwierigkeiten für die Bautätigkeit. Von Gemeinden und Staat sei zur Förderung der Wohnungsbauten bisher wenig getan worden. Wenn nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, treibe die ganze Siedlungspolitik dem Schiffbruch zu. Er forderte weiteren Ausbau des Staatskommissariats für das Wohnungsweesen. Zugunommen habe erfreulicherweise die Tätigkeit von Bauwissenschaftlern. Die Erörterung begann mit einem scharfen Angriff des Generalsekretärs Otto (Gartenstadt Falkenberg) gegen den Wohnungsverband Groß-Berlin, in dessen Ausschuh die Bodenpekulationen und Mietlosenerinteressen vertreten seien. Zur Frage der Vergabe staatlichen Landes erklärte dieser Redner: Wir möchten endlich wissen, ob wirklich Land gegeben wird. Gerade sei genau man müsse nun endlich weiterkommen. Stadtrat Sembrißki (Charlottenburg) verteidigte den Wohnungsverband. Architekt Faust warnte vor der Erörterung der noch Anstellung Verlangenden, die man immer wieder verdrängt. Auch Stadtsenator Wagner (Schöneberg) legte, Bureauarbeit sei genug geleistet, aber praktisch sei sonst in Groß-Berlin fast nichts geschehen. Direktor Kuczyński (Städtisches Amt Schöneberg) wies auf den Ernst der Lage hin. In seiner früheren Rede, daß in Groß-Berlin 60 000 neue Wohnungen nötig werden, müsse er festhalten. Es folgte ein Vortrag des Stadtkommissars Dr. Wolf (Dortmund) über „Die Kleinwohnung auf wirtschaftlicher Grundlage“. Städtische und provinzielle Siedlungsgesellschaften sollen zur wirtschaftlichen Fundierung des Kleinwohnungsbaus den Bodenbesitzern Siedlungsflächen in der Weise ausnutzen, daß eine organisierte Siedlungsfeldverwertung im landwirtschaftlich verwertet. Der Siedlungsplan für jede Siedlerfamilie soll gestellt werden in ein Hausgrundstück von 160-200 Quadratmeter, einen Garten von 450 Quadratmeter als Teil einer einseitig betriebenen Handelsgartnerei, einen Pachtacker von 2000 Quadratmeter für Spätkartoffeln und Getreide. Wolf verlangt Zusammenfassung der Wohnhäuser zu einem Wohnungsgang und der Gärten- und Landwirtschaftsbetriebe zu einem Ernährungsgang und Schließung beider Anlagen auf getrenntem Gelände von verschiedenen Preisen. Bei solcher Doppelnutzung des Siedlungslandes werden die Siedlungsgesellschaften zu Konsumorganisationen und die Wirtschaftlichkeit des Kleinwohnungsbaus wird gesichert. In der anschließenden kurzen Erörterung gab auf eine Anfrage der Vortragende die Auskunft, daß der von ihm entwickelte Plan sich allerdings nicht auf Groß-Berlin bezieht.

Der Einfluß des Frauenwahlrechts auf das Wahlergebnis

Konnte bei den Wahlen in Spandau durch verschiedenfarbige Stimmzettel festgestellt werden. Während von den Männerstimmen bei den drei Wahlen 69,6 bzw. 68,7 bzw. 70,3 Proz. auf die sozialistischen Parteien entfielen, stimmten für diese von den Frauen nur 63,4 bzw. 61,5 bzw. 61,5 Proz. Bei den Stadtverordnetenwahlen kamen auf 100 Männer bei der Unabhängigen Sozialdemokratie und bei der Reichheitssozialdemokratie 84 Frauen, bei der Demokratischen Partei 97, dagegen bei der Deutschen Volkspartei 126, bei der Christlichen Volkspartei 160 und bei der Deutschen Nationalen Volkspartei 171 Frauen. Von den 60 Stadtverordneten haben die sozialistischen Parteien zusammen 39 erhalten, ohne das Frauenwahlrecht würden sie 42 erhalten haben.

Die Speisenausgabe für die Kleinstehenden.

Die vielen Tausende, die nicht in die Heißher-Kundenliste eingetragen sind, müssen jetzt nach dem Bureau für Fleischverteilung gehen, um sich dort Nachtragsbescheinigungen für ihre Schlächter ausstellen zu lassen. Die Folge hiervon ist, daß in diesen Tagen eine riesige Zahl von Leuten in dem genannten kleinen Bureau abgefertigt werden soll. Humberte stehen vor der Tür an, und die Abfertigung kann nicht entfernt mit dem Zustrom Schritt halten. Zahlreiche Leute, die einen weiten Weg nach dem Bureau zurücklegen mußten, müssen nach hundertmaligen Warten unentgelteter Dinge fortgehen, ohne den ihnen zustehenden Speck zu erhalten.
Da die Zusatzkarten bereits vor zwei Wochen verteilt wurden, muß die Frage aufgeworfen werden, warum der Magistrat nicht zu rechter Zeit dies erkannt und für eine bessere Abwicklung Sorge getragen hat.

gen drängte sich hindurch und hielt ihm triumphierend ein Büppchen unter die Augen, ein Geschenk der Tischlerfrau, die das Kind während des Begräbnisses an sich genommen hatte. Nun aber hatte es nicht länger Ruhe gehabt; es war durch die Gärten und zur Hintertür hereingelaufen, um auch dem Vater seinen Reichtum zu zeigen.

Der sah sie mit wirren Augen an; als sie aber erwartend vor ihm stehen blieb, hob er sie auf seinen Schoß und suchte sich zu fassen. „Was hast du da, Christinchen? Wer hat dir das geschenkt?“

Aber bevor noch die Antwort des Kindes kam, wurde mit einem Blicke an die Tür geklopft und ein alter, grauhaariger Weiberkopf guckte in die Stube; der zahnlöse Mund blieb offenstehen, während der Kopf mit den kleinen munteren Augen Vater und Tochter zunickte.

John kannte das Gesicht: es gehörte der alten „Mäster-Mariken“, einer jener sauberen Bettlerinnen, wie wir manche bei uns zu Hause haben. Sie war eine Schullehrerstochter vom Lande, hatte in ihrer Jugend in der Stadt gedient und dort einen kleinen Handwerksmeister geheiratet. Nach dessen Tode hatte sie jahrelang mit ehrlicher Arbeit sich um die Lebensnotdurft abgemüht, dann war sie früh gealtert und verarmt; nur das schwer erpante Geld zu einem guten Reichenbegängnis trug sie unanständig in einem Lederbeutelchen an ihrem Leibe; was sie zu ihrer Nahrung noch bedurfte, holte sie sich nun Tag für Tag bei den Leuten, wo sie einst gedient hatte, oder bei deren Kindern oder solchen, die es ihr geboten hatten. John war ihr oft auf ihren „Suppengängen“, wie sie das selber nannte, begegnet und hatte der Alten freundlich guten Weg geboten.

Auch jetzt nickte er ihr freundlich zu. „So kommt doch arm zu arm!“ sagte er. „Was will sie von mir, Mariken?“ Aber von der Alten war noch immer nur der Kopf und die Krüde ihres Stedens in dem Zimmer. „John“, sagte sie, „kannst du ein altes Weib gebrauchen? Ich möchte in eins von deinen leeren Betten kriechen!“

„Das Bettzeug ist schon verkauft, Mariken“, sagte John. „Nein, John, das Bettzeug hab ich selber, da brauchst du nicht zu sorgen!“

„Was will sie denn mit dem leeren Bett?“
„El.“ erwiderte die Alte, „so will ichs nach der Ordnung sagen: du weißt doch, ich hab ein Kämmerchen bei dem Schlächter Rissen, nur sechs Fuß hin und her, doch schön und sauber, und jeder kann auf meine Dielen treten!“

Am Mittwoch, den 30. April, fällt die juristische Sprechstunde aus.

Keine Zusatzkarten für Hamsterer!

Ein sozialdenkender Mann aus den folgenden Kreisen gibt uns folgende Anregung, die wir nur unterstützen können: Wäre es nicht angebracht und technisch durchführbar, bei einzelnen Verteilungen die Bessersituierten auszuscheiden, und zwar in der Weise, daß man vielleicht mit Hilfe der Bezirksvorsitzer denjenigen einen Berechtigungschein hierzu gibt, die weniger als 10 000 Mark verdienen und diesen Schein bei Empfangnahme der Ware abnimmt. Voraussichtlich findet auch die Behörde einen besseren Weg, durch welchen die technischen Schwierigkeiten überwunden werden. Es ist Tatsache, daß man in diesen Kreisen auch ohne die Zusatzkartungsmittel sehr gut auskommt.

Wie sie leben.

Ein „Boston-Club 1918“ veranstaltet am 4. Mai als Schluß der Winterferien einen Nachmittags-Tee in der Villa-Hilmsdorf, Mariendorf, die mit Wintergarten, Bar, Logen usw. als feinste Tanzstätte hergerichtet wird. „Der Club hat selbst für eine erstklassige Küche gesorgt.“ Die ganze Nichtturnerfessschaft wird noch geflirt. Wir schlagen den Titel vor: „Berlin W. im Glanzfrühjahr nach vierjährigem Weltkrieg erwartet den Schicksalswurf von Versailles“.

Demokratenangst. Zu der Hauptversammlung des Demokratischen Vereins Moabit am 18. d. M. versickten Justizrat Pohl und Bezirksvorsitzer Pirsching vertrauliche Petteil mit folgender Mahnung: „Es gilt zu verhindern, daß ein einseitig zusammengesetzter Vorstand den Verein weiter nach links drängt.“

Spiero verhaftet. Unter dem dringenden Verdacht des Betruges verhaftet wurde der frühere Kommandeur der Franzosen, Kurt Spiero, sowie sein Bruder. Die Beiden haben gemeinschaftlich einem Neuzugener Arbeiter Gold zum Kauf angeboten. Das Geschäft sollte in der Wohnung des Kurt Sp. abgewickelt werden, wobei dieser zum Abschluß des Geschäfts zureichte. Der Kauf wurde aber abgeschlossen und der Bruder entfernte sich mit der Kaufsumme von 20 800 M., um das Gold herbeizuholen. Das im Kaufvertrage sein sollte. Nach zehn Minuten halben Stunde Mingele dann aber der verschwundene Bruder an, daß ihm das Gold von Soldaten abgenommen worden sei. Der Geschäftsmann hat infolgedessen sein Geld verloren, er ersetzte Anzeige, worauf die Neuzugener Kriminalpolizei zur Verhaftung der beiden Brüder schritt.

Keine Kirchen für die Maifeier.

Das Komitee Konfessionslos schreibt uns u. a.: Selbst in den Kirchengemeinden Berlins, in denen Pfarrer wirken, die Sozialisten sind, haben die Gemeindefürsorge die Hergabe der Kirchen zum Zwecke der Maifeier einstimmig verweigert. Die wästelsten alldeutschen Amerikansprogramme sind in den Kirchen als „lateranisch“ zur Geltung gebracht worden. Die Hergabe der Kirchen zur Maifeier wird mit der Begründung verweigert, daß die Maifeier „parteilich“ sei.

Die Ausstellung „Einfacher Haushalt“, die vor vierzehn Tagen im Kunstgewerbemuseum eröffnet wurde, kann noch den vorläufigen Bestimmungen nach bis Mitte Mai besichtigt werden. Der Besuch hat bisher wenigstens an Sonntagen nichts zu wünschen übrig gelassen; teilweise wurde es sogar in dem Ausstellungsraum bedenklich eng. Man wird künftig die Ausstellungen an Dienstagen und Donnerstagen abends von 6-8 Uhr offen halten. Wir wünschen, daß man diese erfreuliche Ausdehnung der Besuchszeit nicht auf nur zwei Tage in der Woche beschränken möchte. Auch die andere Frage, daß die Preise der ausgestellten Möbel die Kraft mancher Arbeiterportemonnaies übersteigen, ist nur zu begründet. Sobald hat die gemeinnützige Gesellschaft „Hausrat“ ein Abzahlungsverfahren eingeführt. Wird dem Antragsteller nach Prüfung seiner Verhältnisse Abzahlung bewilligt, so muß mindestens ein Drittel der Kaufsumme angezahlt werden. Von den übrigen zwei Dritteln werden, wenn der Käufer pünktliche Abzahlung innerhalb 5 Proz. erloschen. Bei Ableben des Ehepartners vor Beendigung der Abzahlung werden die Möbel unbefristet Eigentum der Ehefrau und alle noch seinem Todesstunde noch fälligen Raten werden ihr geschenkt.

Opfer der Märzruhen. Aus der Spree gelandet wurden wieder zwei unbekannte Männer, einer an der Stralauer Brücke, der andere am Reichstagsufer. Beide trugen selbstgebrauchte Uniform. Die Leiden sind im Schauhaufe.

Ein Doppelgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

„Nein, niemand mehr“; und aus seinen Augen flog ein Blid wie um Erbarmen flehend zu dem Angeficht des neben ihm stehenden Kindes. „Frage sie selbst, Nachbar!“ sagte er und ließ den Kopf auf seine Brust sinken. Aber er fühlte plötzlich die kleinen Arme zu sich emporkleben, und als er dann sein Kind emporhob, brüdete er das Köpfchen fest an seine Wange; wie einen Strom von Lebensmut fühlte er es an sein Herz zurückfluten. „Nein, Nachbar“, sprach er, „leid bedankt! Aber mein Kind will doch nicht von mir; sie weiß, es ist nicht gut, so ganz allein zu sein.“

Dann, als der Alte fortgegangen war, brach ein Strom von Tränen aus seinen Augen. Er kniete nieder zu der Toten. „Gib mir, mein Kind; es wird mir schwer, zu leben!“ rief er, und die Kleine sah mit großen Augen zu ihm auf.

Vom Begräbnisse war John allein zurückgekommen, niemand hatte ihn begleitet; der alte Nachbar hatte der Toten ihren Sarg gemacht und war den letzten Weg mit ihr gegangen, dann war er in sein Haus zurückgekehrt.

John stand in seinem Zimmer und sah sich schweigend in den leeren Wänden um; hier war nun Ruhe, aber wo war das Blid? — Auf der kleinen Schatulle standen neben anderem Geschirre die zwei Tassen mit den grobgemalten Rosen, die er vor ein paar Jahren am Hochzeitmorgen gekauft hatte. Seine Augen streiften darüber hin, er sah noch den Herbstsonnenschein, der lamals über der breiten Straße gelegen hatte; er schüttelte sich, der war ja längst vergangen. Draußen auf der Gasse war wie immer das gewerbliche Getöse, aber hier in der kleinen Kammer war es juchend still; auch der kottunene Vorhang dort in der Ecke hing so unbeweglich, als ob nun alles aus sei. Er konnte es nicht ertragen, er trat hinzu und zog ihn zurück; da fiel ein Wiederhannas, das sie noch selbst dahingehangen hatte, auf den Boden. Ein wilder Schmerz durchfuhr ihn, als er es aufhob; er taumelte auf einen Stuhl und schlug die Hände vors Gesicht.

Da knarrte die nur angelehnte Kammertür; sein Töchter-

„Nun,“ unterbrach sie John, „hat der Sie jetzt hinausgeworfen?“

Die Alte war einen Schritt in die Stube getreten und drohte schmunzelnd mit der Krüde: „Beileibe nicht! Aber das alte saule Gebäu muß eingerissen werden, und in dem neuen, da paßt unsereins nicht mehr hinein. So hab ich an dich gedacht, John! Sie trauen dir zwar nicht; aber ich kenn dich besser! Du gibst mir Unterschlupf; ich halte dir deine Kammer hier so schön, wie irgend die meine, und hüte dir dein Christinchen, wenn du auf Arbeit bist.“ Sie machte mit ihren Fingern ein Häschen und nickte der Kleinen freundlich zu, die unterwandert der Alten ins Gesicht starrte.

„Nun,“ fügte sie hinzu, „wo ich meinen alten Kopf zur Ruhe legen kann, weiter brauchst nicht; du weißt ja, mein hübschen Essen hol ich mir schon selber!“

John nickte: „Ja, ich weiß, Sie bettelt.“ — Und in sich selber sprach er leis und traurig: „Mein Weib tat dies in ihrer Kindheit auch!“

Aber die Alte rief: „Was sagst du, John?“ und stieß mit ihrem Stedek auf den Boden. „Das ist kein Betteln! Das geben mir meine früheren Herrschaften und ihre Freunde, das gehört sich so; ich bin ein alter Dienstbot, den dürfen sie nicht verbungern lassen!“

John sah sinnend auf das Weib; die Kleine war von seinem Schoß herabgeglitten und hielt der Alten ihre Rutte vor. „Sieh!“ sagte sie, „die ist mein!“ und nickte zur Bestätigung ein pärdmal mit ihrem hübschen Köpfchen.

Mäster-Mariken hatte sich an ihrem Stod herniedergeleiten lassen und hatte vor dem Kinde auf dem Fußboden. „Er der Taufend!“ sagte sie, „das ist wohl die Prinzessin Pumbhia! Ja, die kenn ich; als ich so klein war wie du, ist ihre Großmutter bei mir gewesen; von der könnt ich dir Geschichten erzählen! Wenn nur dein Vater das alte Weib nicht aus dem Hause wirft!“

„Nein, du sollst bleiben!“ rief das Kind, und die Rutte wäre fast zu Fall gekommen, als sie mit ihren Händchen nach dem dürren Fingern der Alten langte.

John nickte seinem Kinde zu: „Willst du sie behalten, Christine, so sag ihr, daß sie morgen kommen mag!“

Und so war es abgemacht. „Das liebe Dirnlein!“ murmelte die Alte immer wieder, als sie aus dem Hause und durch die lange Straße ihrer Wohnung zu an ihrem Stedek ging.

(Fortf. folgt.)

Bezirks-Verband Groß-Berlin S. P. D.

Maifeier = Veranstaltungen

am

Donnerstag, den 1. Mai 1919

vormittags 10 Uhr

auf folgenden Plätzen:

Berlin:

Schillerpark für die 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48. Abteilung.
 Königsplatz für die 1., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35. Abteilung.
 Exerzierplatz an der Schaubauer Allee für die 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35. Abteilung.
 Tempelhofer Feld für die 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8. Abteilung.
 Spreewaldplatz (am Ostlicher Bahnhof) für die 9., 10., 11., 12., 13., 14. Abt.
 Weberwiese (an der Frankfurter Allee) für die 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23. Abt.
 Rudolfplatz für die 16., 17., 18. Abteilung.

Charlottenburg, Reichshof (am Zoo).
 Schöneberg, im Stadtpark, Spielwiese.
 Grönau, im Jägerhaus.
 Mariendorf, im Seebad.
 Kaulsdorf, im Wilhelmspark.
 Wannsee, im „Pärchenhof“.
 Stralau, in Berlin, Rudolfplatz.
 Friedenau, 9 1/2 Uhr, Friedrich-Wilhelmplatz.
 Waidmannslust, bei Trampel in Ottenide.

Reinickendorf-Ost, im „Kassanienwäldchen“, Brauerei, Scharnweberstr. 101/104.
 Reinickendorf-West, bei König, am Bahnhof Karlsruh.
 Karlshorst, Friedrichsfelde, Oberschöneweide.
 Lichtenberg, in Berlin, Weberwiese.
 Neukölln, Tempelhofer Feld.
 Weißensee, im „Albrechtshof“, Vorstr. 16.
 Niederschönhausen, Marktplatz, in der Bismarckstraße.
 Steglitz, im Schloßpark.

Petershagen a. d. Ostbahn, in der Dorfau.
 Friedrichshagen, im Kurpark.
 Schmargendorf, im „Schützenhaus“.
 Cöpenick, in Neu-Springenberg.
 Blankenburg, in der Dorfau.
 Tempelhof, im neuen Park, an der Borsigstraße.
 Nowawes, in Babelsberg, Abmarsch: 1/10 Uhr vom Friedrichs-Nirchplatz.
 Lichtenrade, im Waldschonrath, Silberstr.
 Fredersdorf, Abmarsch 1/10 Uhr von N. Zecke. Der Dischen des Umzugsbegleits 10 Uhr vom Dorfanger in Petershagen.

Sammelstellen der Parteigenossen mit Familien

vormittags 9 Uhr zum gemeinsamen Abmarsch.

1. Abt. Schulhof hinter der Garnisonkirche 2.
2. „ Velle-Alliance-Platz.
3. u. 4. Abt. Dennewitzplatz an der Lutherkirche, nicht Spielplatz.
5. Abt. Nordstraße Ecke Velle-Alliancestraße.
6. „ Gneisenaustraße, Ecke Velle-Alliancestraße.
7. „ Bismarckstr. 61, Garten.
8. „ 9 Uhr, Bez. 128, 124 bei Heim, Urbanstraße 29.
 Bez. 125, 126, 128 bei Schwedt, Hafenselbe 59.
 Bez. 127, 129 bei Beck, Urbanstr. 51.
 Bez. 130, 131, 132, 134 bei Drogge, Dieffenbachstr. 57.
 Bez. 133 bei Rhode, Dieffenbachstr. 30.
 Bez. 135, 136 bei Boigt, Poppstr. 8.
 Bez. 137, 138 bei Schäfer, Gräberstr. 3.
9. „ im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 147.
10. „ bei Dams, Laufgr. Str. 46.

11. Abt. Bez. 108 bei Grafmann, Staliger Str. 69.
 Bez. 107a bei Schley, Orangelstr. 61.
 Bez. 107b bei Hümer, Schleifstr. 27c.
 Bez. 108a und b bei Boden, Dypelner Straße 39.
 Bez. 109 bei Geisler, Staliger Str. 69, in den Bezirkslokalen.
12. „ am Ostbahnhof.
13. u. 14. Abt. Moritzplatz (Westheim).
15. Abt. bei Richter, Blankensfeldestr. 10.
16. „ am Ostbahnhof.
17. „ am Rudolfplatz.
18. „ „Littauer Hütte“, Littauer Str. 17.
19. „ bei Rahn, Schreinerstr. 64.
 bei Kenmann, Samariterstraße.
20. „ Ballenplatz.
21. „ bei Weber, Ebertstr. 45.
22. „ bei Bauer, St. Frankfurter Str. 1.
23. „ am Rönigsthor.
24. „ Georgenkirchplatz.
25. „ Bürgerheim, Alte Schönhauer Str. 23/24.
26. „ „Kolonplatz.
27. „

28. Abt. in den Abteilungslokalen.
29. „ bei Berg, Prenzlauer Allee 180.
30. „ Humannplatz.
31. „ Arnimplatz.
32. „ bei Strad, Schönhauer Allee 134b.
33. „ bei Hoffmann, Swinemünder Str. 47.
34. „ Sietzplatz.
35. „ Straßender Straße (Promenade).
36. „ bei Hagenberg, Ackerstr. 6/7,
 bei Beiran, Pflanzstr. 1,
 bei Bärwalde, Schlegelstr. 8,
 bei Dreye, Vohsenstr. 19.
 Kleiner Tiergarten (Kriegerdenkmal).
37. „ desgleichen.
38. „ desgleichen.
39. „ desgleichen.
40. „ desgleichen.
41. „ desgleichen.
42. „ bei Jank, Triftstr. 68.
 Brunnenplatz, Amtsgericht.
43. „ bei Wilmann, Stettiner Str. 48.
44. „ bei Riess, Christianiistr. 115.
 bei Reiff, Pantstr. 60.

45. Abt. bei Pöse, Koloniestr. 15.
 46. „ Leopoldplatz (Kinderspielplatz).
 47. „ Juppelinplatz.
 48. „ bei Lewandowsky, Seefstr. 104.
 bei Grünwald, Kameruner Str. 19.
 bei Puljan, Müllerstr. 181,
 bei Laube, Müllerstr. 62a.
- Die Neuköllner Genossen treffen sich um 8 Uhr Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Zulastraße.
 Die Lichtenberger Genossen treffen sich 8 1/2 Uhr:
 1. Viertel Gärtnerplatz.
 2. u. 3. Viertel Pragerplatz.
 4. Viertel Viktoriaplatz.
 5. Viertel Wagnerplatz.
- In Oberschöneweide Treffpunkt 8 1/2 Uhr am Marktplatz.
 In Cöpenick Treffpunkt 8 1/2 Uhr am Wilhelmplatz.
 In Friedrichsfelde 9 Uhr bei Mann und Bösch.
 In Stralau 9 Uhr bei Holkenbach.
 In Friedenau 9 Uhr Friedrich-Wilhelm-Platz.

Nachmittags-Veranstaltungen:

Berlin. 11. Abt., 3 Uhr im Viktoria-Garten, Treptower Chaussee.
 Berlin. 33. Abt., 3 Uhr an der Kirche im Humboldtthale.
 Berlin. 15. Abt., 7 Uhr, „Mit Berlin“, Blumenstr. 10.
 Wlilau, 2 Uhr.
 Stralau, 3 Uhr, Schwaneberg.
 Johannisthal, 6 Uhr, Einsteleer.
 Tegel, 1 Uhr Abmarsch nach Schulendorf, bei schlechtem Wetter Versammlung in der Oberschule.
 Britz, 3 Uhr, bei Radday, Chausseestr. 39.
 Steglitz, 8 Uhr, Hygienisch-Kula, Rothendanger Straße.

Oberschöneweide, 4 1/2 Uhr, Bürgerpark.
 Niederschöneweide, 3 Uhr, „Voreien“, Referent: Dr. Post.
 Rosenthal - Niederschönh. - Nordend, 12 1/2 Uhr, bei Barth, Viktoriast. 7.
 Tempelhof, 7 1/2 Uhr, Real-Gymnasium.
 Waidmannslust - Lübars, 3 Uhr, Meyer, Ottenide, Hauptstraße, Treffpunkt zum Abmarsch 12 1/2 Uhr bei Wenrich am Bahnhof.
 Hermsdorf, 2 Uhr, Meyer, Ottenide, Hauptstraße, Treffpunkt zum Abmarsch 1 Uhr bei Richter, Waldsee, Ecke Berliner Straße.
 Glienicke-Frohnau, 2 1/2 Uhr, Meyer, Ottenide, Hauptstraße.
 Fredersdorf, 4 Uhr, Feiler b. Zecke, Fredersdorf u. G. Mabel, Petershagen.

Friedrichshagen, 3 Uhr, Ref. Velleue.
 Blankenburg, 4 Uhr, bei Gde.
 Potsdam, 2 Uhr, Viktoria-Gymnasium, für die Jugend.
 Alt-Glienicke - Falkenberg, 4 Uhr, bei Haberecht, Friedrichstr. 2.
 Cöpenick, 5 Uhr, im Stadttheater.
 Schmargendorf, 3 Uhr, im Schützenhaus.
 Friedenau, 3 Uhr, Kaiserburg, Kaiserallee 75.
 Treptow - Baumschulenweg, im Sprengarten.
 Weißensee, 4 Uhr, Albrechtshof, Pragerstraße.
 Wilmersdorf, 9 1/2 Uhr, in Palast, Kurfürstendamm 119.

Post- und Telegraphenbeamte nehmen an den Veranstaltungen ihres Wohnortes teil, 4 Uhr nachmittags in der Kula Greifswalder Str. 25.
 Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten Groß-Berlins, nachm. 4 Uhr, Havelstraße, Neue Friedrichstraße 35, Referent: Lehrer Otto.
 Bund sozialistischer Kirchenfreunde, 5 Uhr, in der Dortheenschiedischen Kirche, Dortheenschiedstr. Ecke Mittelstraße.
 Taubstummenaktion, 7 Uhr, bei Wolf, Schläger, Landberger Straße, Ecke St. Frankfurter Straße.

Voltskraft

Zeitschrift mit Bildern

Verständigung Wohlfahrt Bildung

Überall erhältlich — Volkskraft-Verlag G. m. b. H. Berlin SW. 68

Heft 15

Turnen ♦ Sport ♦ Spiel

Aus dem Inhalt:

Prof. Dr. Rühl / Turnen und Volkskraft
 Walter Saff / Die moderne Frau u. die Sportbewegung
 Kurt Doerry / Vom Hocheyspiel
 G. Bach / Der Radsport
 Prof. J. Sonser / Der Kampf gegen den Alkohol
 Franz Mehner + Skulpturen ♦ Theo v. Brockhusen + Bilder
 40 Pfennig

Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Addier-Maschinen in eigener mechan. Werkstatt bei billigster Berechnung. Aushilfsmaschinen! Ersatzteile! Mietweise Abgabe von Rechenmaschinen.

Cosmos Leipziger Straße 23
 nach Kempinski-Hilbrich.
 Fernspr. Zentr. 180 u. 419.

Ausstellung für Bau- u. Kleinsiedlungswesen

in Breslau vom 15. bis 31. August 1919

Sonderabteilungen

Neue Bauweisen, neue Baukonstruktionen, für Kleinwohnungsbau.

Gruppeneinteilung:

- I. Baustoffe. II. Baukonstruktionen.
- III. Bauteile u. Einrichtungen. IV. Wohnungsbau u. Kleinsiedlungsanlagen.
- V. Technische und wirtschaftliche Einrichtungen. VI. Gartenanlagen, Gartengüter, Sport u. Spiel. VII. Straßen- und Wegebau, Verkehrsweisen, Automobile, Flugzeuge. VIII. Bauhilfsmittel, Baugeräte und Hebewerke.
- IX. Beleuchtung und Wohnwesen. X. Bauwesen und Literatur.

Anmeldungen von Ausstellern sofort erbeten!

Mit Ausschluss jeder Teilnahme bei Bedingungen und Anmeldungen

Breslauer Messe-Gesellschaft m. b. H.
 Ohlauer Straße 87 Breslau 1 Ohlauer Straße 87



Berliner Sitzmöbel-Industrie
 G. m. b. H.

Berlin C2, Neue Promenade 1
 Eckhaus am Bahnhof-Börse.

Klubsessel!

Eigenes erstkl. Fabrikat. Lagerbuch erbeten!

Kaiser-Allee

Gang in der Höhe haben wir ein ganz modernes Herrenhaus zu verkaufen. Das Haus enthält Wohnungen von 2, 4 und 7 Zimmern u. ist mit allen modernen Einrichtungen versehen. Die Mieten betragen 3500 RM. und sind bedeutend zu erhöhen. Der Preis stellt sich auf 400.000 RM. 107R
 Iser, Schmidt Söhne, Selbigerstr. 112, G. Harnisch. Zentrum 125 00-3 u. 5008.

Sell über 25 Jahren ist Marke „Pfeilring“

Lanolin-Cream in Tuben u. Dosen in all. Apotheken Drogerien und Friseur-geschäften er-das unübertroffen Beste zur Hautpflege.

Vereinigte Chemische Werke Aktien-Gesellschaft. Abteilung Lanolin-Fabrik Martinikenfelde. Charlottenburg, Sätzler 16

Preuss. Klassenlose
 Haupt-Ziehung 8. Klasse vom 1. Mai — 2. Juni.
 Viertel Lose 25 RM. Halbe Lose 100 RM.
 Viertel 50 „ Ganze 200 „

Ludwig Müller, Berlin W. 56
 Lotterien-Einnehmer. Berdiescher Markt 2.

Gartenschläuche,
 Preisqualität, 1/2, 3/4, und 1" liefert prompt ab Lager.
Engelke & Huth, Berlin SO., Köpenicker Str. 105/6.
 26/2" Telefon: Worringplatz 1355.

Straßenhändler! Wiederverkäufer!
 verkaufen zur **Maifeier** leicht 1000 Stück des sensationellen Heftbüchleins „Anlage der Gepeinigten“, Gedächtnis eines Feldlazaretts. Verkaufspreis 40 Pf. Glanzender Werbefund. Sofort werden W 62, Lutherstr. 19 1. 2142R

Preußische Klassenlotterie
 Hauptziehung 5. Klasse: 7. Mai bis 2. Juni noch abzugeben
 1/8 1/4 1/2 1/1 Lose
 25.— 50.— 100.— 200.— M. und Porto
Dischlatz, Preuß. Lotterie-Einnehmer.
 Berlin C 2, Könlingsstraße 39, Ecke Klosterstraße.

Stotterer

haben Dauerheilung! Psychiatrisches Institut G. Kaelin, Heußk. Redakteur. 5. Sprechstunden 3-5. Warnung vor Anwendung wertloser Methoden! Kaut. Schrift A. 10/11/19.

Möbel-Fabrik A. G. Ball
 Berlin W, Potsdamer Str. 27a.
 Kauter-Wohnungs-Einrichtung in Disinf. Durchführung.
 3 Zimmer u. Küche insgesamt M. 10,290.—

Speisezimmer		Schlafzimmer	
1 Tisch	RM. 2000.—	1 Anlehnbank	RM. 600.—
1 Stuhl	RM. 1850.—	2 Stühle	RM. 250.—
1 Spiegel	RM. 600.—	2 Stühle	RM. 190.—
6 Stühle	RM. 900.—	1 Tisch	RM. 480.—
mit 1 Stuhl	RM. 540.—	1 Tisch	RM. 120.—
komplett	RM. 5300.—	2 Stühle	RM. 250.—
Herrenzimmer		Küche	
1 Bibliothek	RM. 825.—	1 Küchenschrank	RM. 400.—
1 Schreibtisch	RM. 480.—	1 Küchentisch	RM. 100.—
1 Arbeitstisch	RM. 150.—	1 Küchenschrank	RM. 50.—
6 Stühle m. Stuhl	RM. 300.—	2 Küchent. & 22,50	RM. 45.—
1 Schreibtisch m. Stuhl	RM. 105.—	1 Kohlenkasten	RM. 45.—
komplett	RM. 2010.—	komplett	RM. 640.—

Lieferung frei Haus oder Bahnhof Berlin. Abbildungen stehen franco zur Verfügung.

Preußische Klassen-Lotterie
 Hauptziehung 7. Mai bis 2. Juni
 Achtel-Lose 25 M. Viertel-Lose 50 M.
 Halbe Lose 100 M. Ganze Lose 200 M.

Kröger Preussischer Lotterie-Einnehmer Berlin
 Friedrichstr. 192-93 an der Leipziger Str.

Bürgerliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
 BERLIN W. 35
 Lebens-Sterbegeld- u. Kranken-Versicherung.

Mitarbeiter allerorts gesucht!
 Subdirektion, Generalagenturen sind zu vergeben!

Juwelen, Brillanten, Perlen
 dem heutigen hohen Kurse entsprechend zu kaufen gesucht.
Margraf & Co. am Hof, Berlin
 Kanonierstraße 2. Fernspr. Zentrum 6554.

Alte Gebisse pro Zahn bis M. 6,50.
 für den gewöhnlichen Platin-Zahn R. 0,70 bis 1,00. Platin-Stift-Zahn R. 2.— bis 3.—. Platin-Platten-Zahn R. 4.— bis 6,50. Für Gold-Platin-Gebisse höchste Tagespreise. 20/1

Hotel „Grüner Baum“, Berlin W. 8.
 Rosenstraße 36-38, Zimmer Nr. 1. Frau Meschig.

Parteisekretär gesucht!
 für den Bezirk Osnabrück wird zum baldigen Eintritt ein Parteisekretär gesucht. Bewerber müssen rechnerisch befähigt und eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft zur sozialdemokratischen Partei nachweisen können. Die Befolgung erfolgt nach den Grundregeln des Vereines „Arbeiterpresse“. Bewerbungen, aus denen die bisherige Parteiführerschaft ersichtlich ist, sind bis zum 20. Mai an G. Groß, Osnabrück, Deelerweg 6, zu richten. 25/2

Federfärber gesucht.
 Derfelde muß im Färben und Bleichen von Strickfedern und Leibern sowie allen Färbestoffen durchaus versiert sein. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbeten an

Färberei Gebr. Röver, Frankfurt a. M.

Kontinentwirt 2160R
 für Tempelhofer Fabel zu umgehendem Eintritt gesucht. Angebot unter A. 22 an die Expedition des Blattes.

Züchtiger Herr,
 vertraut mit Rundschauverträge findet bei großem Unternehmen ausnahmsweise Stellung. Offerten unter Postlagerkarte 28 Berlin W. 8. 2147R

Nachwächter
 (sofort gesucht) 1142
 C. A. Herpich Söhne
 Prinzstr. 9-11.

Jüngerer Gärtner
 dessen Frau die Wärmerstelle übernimmt, für ein Sanatorium im Berliner westlichen Vorort zum 1. Juni gesucht. Bedingungen möglichst schriftlich mit Zeugnisabschriften bei Schöb, Sonnenallee Str. 12.

Selbständige Kleiderarbeiterinnen
 für unser Dusteratelier verlangen sofort 26/12
Heinrich Boy & Co., Niederwallstr. 25.

Stenotypist(in)
 für dauernde Stellung bei guter Bezahlung für sofort verlangt. Befähigt wird nur auf eine **echte Schrift**, die bereits längere Zeit als Telefon-Stenotypist tätig war. Bewerbungen erbeten unter Z. 200 an die Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 2. 2142R

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten
 in schwarz, braun, blau, grün, in 8 Tagen
 sowie
Wenden, Umarbeiten, Umarbeiten
 von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffenheiten, Stoffausstellung.
 Außerdem wird jeder Artikel in 8 Tagen geliebt.
Zeuerarbeiten in 48 Stunden.

Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 1.

Ardeltwerke, G. m. b. H.
Eberswalde bei Berlin
 Fernspr. No. 34, 389, 407 u. 410 Abteilung
 Telegr.-Adresse: Ardeltwerk } Zahnradfabrik

Zahnräder jeder Art
 Verzahn. eingepasst. Körp. in 2-3 Arbeitstag.
 142L*

Reichsten Ertrag liefert unser **Riesengemüse-Samen**
 Continent in 6 Sorten RM. 1,50, in 15 Sorten RM. 6,50 frei.

Diese Radieschen, nur Saat,
 125 gr. Mutter RM. 1,25 frei, 1 Rilo RM. 8.— u. Porto u. Verpackung.
Japan, Blumenkohl, reifen, Sommerkohl, 1 Paket u. Samen von 5 qm Fläche 90 Pf. frei.

Katalog über alle Samen u. Pflanzen, besonders auch für Ballen und Bunden, unentgeltlich.
Stenger & Rotter, Gärtnerei, Erfurt 5.

Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen!

Original-Modelle sehr preiswert!

Impr. Mäntel 99, 136, 179, 228 Pesche Kostüme 92, 146, 227
 Reinwollene Kammgaru-Kostüme 350, 475, 650

Jetzt sehr billig!!!

Plüsch- und Pelzmäntel!

Seidenplüschmäntel 128, 475, 650 Echte Pelzmäntel Persischer Klasse 850, 1350, 1785
 Stoff-Röcke 35, 48 Seiden-Röcke 85, 125
 Kunstseidene Strickjacken 139, 212 Sportjacken 36, 42

Röcke aus der Reichsbekleidungsstelle
 Serie I 13,10 Serie II 19,70 Serie III 72,20 Tuchröcke

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115.
 Sonntags geschlossen!

Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften.

Die von der letzten Vorstandskonferenz beschlossenen Richtlinien haben folgenden Wortlaut:
1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatrechtlichen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen.

2. Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wesentlichen Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie

gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gesichert und damit zugleich ihren Einfluss auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert.

4. Die Gewerkschaften erlöschen im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten.

6. Die Interessengegenüber zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die

höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte)

zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Rat geführt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben.

8. Die Durchführung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufsgruppen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gesamtvertretung der Arbeit vereinigt haben.

9. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsbereichen übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Niederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der selbständigen gewerkschaftlichen Arbeit.

10. Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlsystem zu berufen.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben.

12. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben.

Die Fleischversorgung Deutschlands.

Die Fleischversorgung befindet sich gegenwärtig in einer sehr ungünstigen Lage. Fortgesetzt mehren sich die Klagen aus dem Lande, daß die ohnehin schon sehr gering beschaffenen Nationen in den Gemeinden nicht voll zur Verteilung kommen.

Diese Zustände länger mit anzusehen, erscheint uns so bedenklich, als die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. März d. J. ein recht ungünstiges Bild bieten.

8 Kreise des Regierungsbezirks Bromberg, 1 Kreis des Regierungsbezirks Merseburg, 3 Kreise des Regierungsbezirks Koblenz, je 1 Kreis des Regierungsbezirks Düsseldorf und Trier.

Table with 4 columns: Year (1.3.1918, 1.3.1919, 1919+über), and rows for various livestock categories like Rinder, Jungvieh, Milchkuhe, etc.

Die Zahl der Schweine ist von 3.908.108 auf 4.644.068 gestiegen. Richtig eine Zunahme von 1.835.960, wegen den Friedensbestand ist hier ein erheblicher Rückgang festzustellen.

Das Gesamtergebnis ist ein Rückgang des Rindviehbestandes um 1.131.401 Stück. Dieser Rückgang erscheint dadurch noch besonders verschlimmert, daß die Milchkuhbestände sich um 263.227 Stück vermindert haben.

Die bedenkliche Situation unserer Fleischversorgung wird nun in agrarischen Kreisen dazu benutzt, um mit allen Mitteln eine Erhöhung der Viehpreise durchzusetzen.

Die Viehpreise sind gegenwärtig sehr hoch. Gegenwärtig stehen die Viehpreise schon nahezu 100 Proz. höher als im Jahre 1913, ein Preisstand, mit dem man sich vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht abfinden könnte.

Die Notwendigkeit der Preisreduzierung wird damit begründet, daß mit den höheren Preisen eine bessere Ablieferung erfolgen werde. Alle Erfahrungen sprechen aber dagegen.

Das muß in seinen Folgen dazu führen, eine geordnete Preispolitik vollständig aufzugeben und ein müßes Preiswunder in den einzelnen Bezirken und Bundesstaaten zu schaffen.

VOGLER & CO., Berlin W 9. Von der Beschlagnahme freigegeben. Hinter geweihten Mauern von Pater Veridicus.

EMMLER'S Möbel-Fabrik. JEDE SORGE wegen schadhafter Dächer beseitigt. AMBI, Abt. II 8 Charlottenburg 9.

Möbel. Außerst billig. Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, Ruhebetten, Stolzmann Berlin SW. 100.

Geld-Lotterie. 250.000 Hauptgewinn. 75.000, 30.000, 20.000, 10.000 Lose 3 Mk. Lud. Müller & Co., Berlin W.

Wir kaufen u. verkaufen Staats- und Stadt-Anleihen In- und ausländische Renten sachgemässe Beratung über Industrie-Aktien.

Heiraten Sie nicht, ohne... die „Aeratischen Ratschläge über die Ehe“ von Dr. Bergner gelesen zu haben.

Damenhüte. Groß- und Kleinvorlauf sowie Kleinvorlauf sowie Kleinvorlauf.

Rotolin-Pillen. Husten, Heiserkeit, Verschleimung. Ploetz & Co., Berlin SW 68.

